

INTEGRATIONSBUREAU
EE 777.03

STRENG VERTRAULICH

N o t i z

zum Gespräch über die Integrationsprobleme mit Aussenminister
Pierre Harmel (Donnerstag, 5. November 1970, 10 Uhr)

Teilnehmer:

Belgien HH. Pierre Harmel, Aussenminister
Botschafter Robert Vaes, Generalsekretär des Aussen-
und Aussenwirtschaftsministeriums
Botschafter Louis Colot, belgische Botschaft, Bern,
Paul Noterdaeme, Kabinettschef des Aussenministers
W. Collins, Verwaltungsdirektor des Service des
Communautés européennes im Aussen-
ministerium
Jacques Vermer, Botschaftsrat, belgische Botschaft,
Bern

Schweiz HH. Bundesrat Graber
Botschafter Micheli, EPD
Botschafter Jolles
Botschafter Bindschedler, EPD
Botschafter Thalmann, EPD
Botschafter Monfrini (Brüssel)
Minister Gelzer, EPD
Minister Natural, EPD
P. Nussbaumer, EPD
Dr. B. von Tscharner, Integrationsbureau
J.-M. Boillat, EPD
Dr. Hj. Müller, Integrationsbureau (Protokoll)

Aussenminister Harmels Kommentar zur weltpolitischen Lage und das Eintreten auf die von Herrn Bundesrat Graber im Eingangsexposé vorgebrachten Anliegen vermittelten ein klares Bild der belgischen Einstellung zur Neutralität der Schweiz im Zusammenhang mit dem



- 2 -

europäischen Integrationsprozess. Das grundsätzliche Verständnis und der gute Wille Belgiens wurden in freundschaftlicher Atmosphäre und mit höflichen Worten zugesichert.

1) Stellung der Neutralen in Europa

Nach Harmels Auffassung ist es im allgemeinen Interesse des Friedens, die europäische Integration so weit wie möglich zu treiben. Dies sollte auf möglichst zahlreichen, nicht nur wirtschaftlichen sondern v.a. auch politischen Gebieten geschehen. Man dürfe nicht vergessen, dass es Europa gewesen sei, das die Welt in den letzten 100 Jahren dreimal in den Krieg gestürzt habe. Es sei an der Zeit, dass Europa zur "Weisheit" gelange, dass sich die europäischen Staaten auch politisch verstehen lernen und ihrem Willen gemeinsamen Ausdruck verleihen. Europa könne bereits auf 25 Jahre Integration zurückblicken. Es gelte jetzt, das Bestehende zu festigen und die auch ausserhalb der EG bereits tatsächlich bestehende Verflechtung der Wirtschaften (Hinweis auf Schweiz!) zu konsolidieren und zu institutionalisieren. Die faktische Integration sei von der Wirtschaft schon vorangetrieben worden. Aufgabe der Regierungen sei es nun, auf realistischem Wege die institutionellen Formen zu finden. Die Haager-Konferenz vom Dezember 1969 sei diesbezüglich ein wichtiger Markstein auf dem Wege zur Festigung der europäischen Integration.

Das Europa der Sechser-Gemeinschaft dürfe seit 1968 als innerlich fester gefügt betrachtet werden, sei aber bereits zu klein geworden für das inzwischen am stärksten gewordene Mitglied, die Bundesrepublik, die einen genügend grossen Markt brauche. Das mit de Gaulles Ausscheiden entstandene Ungleichgewicht in Europa rufe nach dem ausgleichenden Gewicht Grossbritanniens. Aber auch die übrigen Kleinstaaten seien aufgerufen, das ihre zur Festigung Europas beizutragen, denn die Stabilität Europas sei mit den Kleinen zusammen grösser.

- 3 -

Dabei müsse man sich im Klaren sein, dass ein integriertes Europa zu den grossen weltpolitischen Fragen Stellung nehmen müsse. Eine Neutralität oder eine Hegemonie Europas sei unter den jetzigen Umständen undenkbar. Unter solchen Voraussetzungen sei es aber schwierig für die Neutralen, an der politischen Zielsetzung Europas teilzunehmen.

Andererseits bezeichnet Harmel das Bestehen einer Gruppe von neutralen Staaten im Zwischenbereich der beiden integrierten Blöcke im Westen und Osten Europas als glücklichen Umstand. Die Existenz von Neutralen - von Schweden, Finnland über Oesterreich, Schweiz nach Jugoslawien - sei eine Notwendigkeit für die europäische Sicherheit. Einige davon, Schweden und Jugoslawien, hätten insofern eine Gemeinsamkeit, als sie, wenn auch von verschiedener Seite her "économies évoluanes", "terres d'expérience économique" seien, in denen sich eine gewisse Konvergenz zwischen Ost und West vollziehe. Die neutralen Länder seien daher nicht als abgeschlossene Inseln sondern als Brücken zwischen den Blöcken zu betrachten und es wäre eine schlechte Idee, sie gewissermassen mit Gewalt auf die eine oder andere Seite ("orbite") ziehen zu wollen. Es dürfe zu keiner Satellisierung der Neutralen kommen, da sie eine wichtige eigene Rolle zu spielen hätten in der europäischen Sicherheit.

2) Verhältnis der (erweiterten) EG zu den Neutralen

Auf Grund der bereits bestehenden gemeinsamen Beziehungen seien für das Verhältnis einer erweiterten EG mit den Neutralen folgende zwei Gesichtspunkte wichtig: unter den Neutralen gebe es Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten.

- a) Gemeinsamkeiten der EFTA-Neutrals: Es wäre bedauerlich, wenn das in zehn Jahren in der EFTA erreichte Resultat im Falle der Erweiterung der Gemeinschaft um Grossbritannien, Dänemark, Norwegen und Irland wieder verloren ginge. Deshalb

sollten alle die mit der Auflösung der EFTA zusammenhängenden Probleme für jedermann befriedigend gelöst werden (§ 14*). Diese Bereitschaft der EG würde auch bestehen, wenn die drei Neutralen nicht bereits selber einen Verhandlungsantrag gestellt hätten.

- b) Verschiedenheiten: Besondere Rücksicht zu nehmen sei auf die für jedes neutrale Land verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Probleme. In diesen Belangen seien es die Gesuchsteller, die ihre Wünsche vorzubringen hätten, wobei die EG ihre Anliegen und Vorschläge wohlwollend prüfen wolle. Da es dabei vorwiegend um Probleme mit Akzent auf die Zukunft, d.h. der "zweiten Generation", gehe und man damit Neuland betrete, gelte es, zuerst ein Inventar aller dieser "problèmes à la carte" oder "problèmes créatifs" zu erstellen. Nach der Bestandesaufnahme aller bestehenden Tatsachen, Interessen und Schwierigkeiten könne dann - praktisch und nicht theoretisch - an die Ausarbeitung der Institutionen herangegangen werden.

Der Denkprozess über die Einbeziehung der Neutralen habe bei der Gemeinschaft noch kaum begonnen. Es gebe daher noch keinen vorfabrizierten Lösungstyp; schliesslich seien auch alle Probleme noch im Fluss; man müsse also gemeinsam nach Lösungen des institutionellen Problems suchen. Dies sei z.T. insofern leichter als bei den zum Römervertrag gehörenden Problemen, als sich "mit neuem Stoff besser schneiden lasse". Andererseits sieht Harmel die Mitarbeit der Schweiz auf technologischem Gebiete nicht so leicht wie Botschafter Jolles (Frage der Terminologie!). Die Schweiz müsse sich bewusst sein, dass sich die EG durch Ausnahmen und Erleichterungen für Nicht-Mitglieder nicht schwächen lassen dürfe. Im übrigen könnten wir darauf vertrauen, dass die EG bisher immer, selbst in schwierigen Fällen wie Israel, Spanien, Jugoslawien, eine wirtschaftlich und politisch tragbare Lösung gefunden habe.

* des Haager Communiqués

Den Belgiern wegen seiner Insistenz auf eine Grundsatzdebatte erstandenen Vorwurf, für Neutrale einen "cadre rigide" schaffen zu wollen, weist Harmel entschieden zurück: Er habe diesen Rahmen selber noch nicht gefunden; alle Probleme seien in Bewegung und dementsprechend zu lösen. Er habe nur die andern EG-Mitglieder zum Nachdenken anregen wollen. Die einzige, relative "rigidité", die es zu beachten gelte, liege im Römervertrag und in den GATT-Regeln (die übrigens revisionsbedürftig seien!).

Auf Botschafter Michelis Frage hin erklärte Minister Harmel, er bestehe kein Grund für eine Phasenverschiebung ("décalage") bei der Behandlung der beiden oben genannten Problemgruppen ("volets"). Immerhin sollten die Zollfragen noch vor dem Abschluss der Erweiterungsverhandlungen gelöst sein, während die zweite Gruppe, die "progressiven" Probleme allmählich, d.h. eventuell nachträglich noch gelöst werden könnte. Herr Noterdaeme sieht einen eventuellen "décalage" nicht in der Prüfung, aber in der Lösung der Probleme.

3) Kalender- und Prozedurfragen

Harmel verhehlte nicht, dass bei aller uns gerne zugesicherten Gleichzeitigkeit der Verhandlungen mit Nicht-Beitrittskandidaten die Priorität den Erweiterungsfragen gelten müsse.

Er findet, die Verhandlungen sollten - vernünftigerweise - innerhalb von 18 Monaten abgeschlossen sein. Europa erlebe gegenwärtig "zwei Jahre der Gnade", indem es innerhalb der Sechs keine grundsätzlichen politischen Gegensätze gebe. Zu lange Verhandlungen dürften die Beziehungen zu den USA und der UdSSR nicht belasten. Es sei jetzt eine vorzügliche Zeit für rasche und weittragende politische Entschlüsse.

Als praktischen Ratschlag an die Schweiz im Zusammenhang mit Bundesrat Grabers Befürchtung, es könnte zwischen dem 10. November

- 6 -

und der Aufnahme von Gesprächen eine zu lange Frist verstreichen, empfahl Minister Harmel, die schweizerischen Dachverbände sollten mit ihren Schwesterorganisationen in der Gemeinschaft informative Kolloquien veranstalten. Solche Kontakte hätten den Vorteil, gemeinsame Probleme auf privater Ebene zu besprechen und so die öffentliche Meinung und Diskussion zu befruchten.

Schlussfolgerungen:

1. Belgien zeigt ausgeprägtes Verständnis für die Neutralität.
2. Es will um jeden Preis vermeiden, dass die Gemeinschaftsmechanismen beeinträchtigt werden.
3. Es betrachtet die Lösung der Zollfragen und der Nicht-Kandidaten gewissermassen als Bestandteil oder zumindest als notwendige Ergänzung der Erweiterungsverhandlungen.
4. Die Lösung der übrigen Probleme scheint Belgien weniger dringend.

